

## Nachtragshaushalt - ein Desaster der Landesregierung!

Der heute im Landtag diskutierte Nachtragshaushalt der Landesregierung ist ein Desaster! Er setzt die völlig falschen Prioritäten. Denn es fließt viel zu viel Geld in die Kriegswirtschaft. Geld, das den Kommunen weiter fehlt. Geld, das man viel eher in Bildung und Infrastruktur investieren müsste.

Erstaunlicherweise verdrängen offenbar viele Politiker, Medien und Bürger gerade die riesigen Dimensionen dieser Umverteilung. Dabei liegen die Zahlen auf dem Tisch. 5% des BIPs sollen in die Kriegswirtschaft fließen. Das sind knapp die Hälfte des Bundeshaushaltes. Das meiste davon fließt in Kampfjets, Panzer, Drohnen und Kasernen. Über 200 Milliarden Euro pro Jahr! Wer profitiert davon? Zum Beispiel Rheinmetall und deren Aktionäre. Größter Anteilseigner ist übrigens Black Rock! Wenn nur die Hälfte dieser 200 Milliarden Euro pro Jahr den Ländern und Kommunen zufließen würde, wären das für Rheinland-Pfalz pro Jahr fast 5 Milliarden Euro. Und, hoppla, das ist genau die Summe, die das Land bräuchte, um den Investitionsstau in der Infrastruktur zu beheben. Stattdessen verrotten die Brücken und Straßen weiter im Land. Bald stürzt vielleicht auch die erste Brücke in Rheinland-Pfalz zusammen. Laut Landesrechnungshof sind heute fast 40% der Landesstraßen in einem sehr schlechten Zustand! Dazu sind ein Drittel aller Brücken im Land sanierungsbedürftig. Allein bei der Hochschule in Trier liegt der Investitionsbedarf aus Sicht des Rechnungshofes bei ca. 300 Mio. Euro. Noch einmal: 5 Milliarden Euro Investitionsstau allein in Rheinland-Pfalz bei der Infrastruktur - eine unglaubliche Summe! Und da haben wir noch nicht über die Not in der Bildung und beim sozialen Wohnungsbau gesprochen.

Jetzt will sich die Landesregierung dafür feiern lassen: Zweimal 300 Millionen Euro für die Kommunen: Das ist doch eher ein Scherz! Das hilft den Kommunen strukturell überhaupt nicht weiter und reicht nicht, um auch nur annähernd den Investitionsstau zu reduzieren. Auch das weitere Finanzpaket über 400 Millionen Euro pro Jahr für Land und Kommunen aus dem Sondervermögen (Sonderschulden) des Bundes wird nicht ausreichen, um die kläglichen Summen des enormen Investitionsstaus abzutragen. Und die nächsten Segnungen der Landesregierung für die Kommunen und deren laufende Kosten sind ja schon in der Pipeline. Mitte 2026 kommt der Rechtsanspruch für einen Ganztagsplatz in den Grundschulen.

Ich schäme mich für diese Politik und zweifle am Verstand der politischen Eliten in Deutschland. Das ist SPD- und CDU-Politik vom Feinsten: den Standort Deutschland ruinieren und gleichzeitig eine der größten Umverteilungen von unten nach oben in der deutschen Geschichte vornehmen. Es ist der helle Wahnsinn!

Mein Vorab-Statement dazu finden Sie hier:

[https://x.com/A\\_Hartenfels/status/1965735939785073130](https://x.com/A_Hartenfels/status/1965735939785073130)

Weitere Mitteilungen unter [www.andreas-hartenfels.de](http://www.andreas-hartenfels.de)

Andreas Hartenfels, MdL (Partei BSW)  
fraktionsloser Abgeordneter

Kaiser-Friedrich-Straße 3, 55116 Mainz  
[Andreas.Hartenfels@abgeordneter.landtag.rlp.de](mailto:Andreas.Hartenfels@abgeordneter.landtag.rlp.de)

Bündnis **Sahra**  
Wagenknecht